IPG

INTERVIEWS 25.09.2019

„Knapp einem schlechten Deal entgangen“

Mirwais Wardak über die gescheiterten Friedensverhandlungen mit den Taliban und die anstehenden Wahlen in Afghanistan.

Lesen Sie diesen Artikel auch auf Englisch oder Russisch.

Interview von Daniel Kopp.

Am 28. September werden in Afghanistan endlich Präsidentschaftswahlen stattfinden, nachdem sie in diesem Jahr bereits zweimal verschoben wurden. Die schwierige Sicherheitslage im Land könnte dazu führen, dass viele Menschen nicht teilnehmen werden. War es dennoch die richtige Entscheidung, die Wahlen anzusetzen?

Es war definitiv die richtige Entscheidung. Wir haben diesen demokratischen Prozess durchlaufen, also sollten Wahlen stattfinden. Wenn wir das jetzt stoppen und eine weitere Übergangsregierung bekommen, kann man nicht abschätzen, was als nächstes passiert. Selbst wenn wir die Wahl hinauszögern, gibt es keine Garantie, dass die Sicherheitslage sich verbessert. In einigen Provinzen würde es sogar schwieriger, da es bald schneien wird, was auch einen Einfluss darauf hat, ob die Menschen teilnehmen können. Diesmal wird die Sicherheitslage also sicherlich nicht gut sein, aber ich hoffe, dass trotzdem viele wählen gehen.

Sind Sie besorgt, dass es eine Legitimitätskrise des demokratischen Prozesses geben könnte, wenn die Wahlen verschoben würden?

Auf jeden Fall. Eines unserer größten Probleme war, dass bisher schon einige Politiker die Regierung vor sich her trieben. Sie würden in diesem Fall Kleinigkeiten aufbauschen und behaupten, dass es keine legitime Regierung mehr gebe.

Um der Legitimität willen brauchen wir also die Wahlen. Ich glaube,

die afghanische Regierung und das afghanische Volk werden danach in einer besseren Verhandlungsposition sein.

Es gibt Berichte über die grassierende Korruption im Wahlsystem, die auch die Legitimität der nächsten Regierung gefährden würde. Werden die Wahlen frei und fair sein?

Wir befinden uns in einem anderen Teil der Welt als Sie. Wenn Sie erwarten, dass in Afghanistan alles sauber ist, schauen Sie sich andere Länder und unsere Nachbarn an. Trotz des relativen Friedens dort und obwohl sie seit langem Wahlen durchführen, gibt es auch Behauptungen über Korruption, zum Beispiel in Pakistan. In Afghanistan kann man keine vollkommen sauberen und transparenten Wahlen erwarten. Natürlich wird es Korruption geben, aber das Problem wird sein, dass diejenigen, die verlieren, einfach die Gewinner beschuldigen werden.

Aus dem Ausland wirkt es, als sei die afghanische Regierung relativ schwach. Seit 2014 haben die Taliban ein größeres Gebiet als je zuvor erobert. Wie beurteilen Sie die Erfolgsbilanz der Regierung, besonders in den letzten fünf Jahren?

Man kann das aus verschiedenen Perspektiven betrachten. Es ist nicht so, dass die Orte, die unter der Kontrolle der Taliban stehen, sie wirklich unterstützen. Wenn die Taliban zum Beispiel nicht zulassen, dass Menschen Regierungsdienste in Anspruch nehmen, dann kontrollieren wir tatsächlich dieses Gebiet nicht. Aber die Taliban drängen die Menschen, terrorisieren sie, damit sie nicht auf die Seite der Regierung wechseln. Sie verlangen gewaltsam Steuern oder hindern die Leute daran, zu den Behörden zu gehen, und dafür reicht eine kleine Gruppe schon aus.

Wenn man es so sieht, könnte man sagen, dass die Taliban tatsächlich etwa 50 Prozent der Bevölkerung kontrollieren. Aber für mich heißt das nicht, dass sie wirklich unter ihrer Kontrolle sind. Die Regierung kann nicht in jedem Dorf einen Kontrollpunkt oder eine Polizeistation haben, so dass diese Zahl nicht der Wahrheit entspricht.

Anfang dieses Monats hat Präsident Trump die Friedensgespräche mit den Taliban abrupt per Tweet abgesagt. Angeblich waren die meisten Menschen in Afghanistan darüber erleichtert. Falls das stimmt, warum haben sie dann so reagiert, und was bedeutet der Abbruch der Gespräche für die Friedensaussichten im Land?

Trumps Tweet war gleichzeitig eine gute und eine schlechte Nachricht. Gut, weil viele Afghanen erleichtert waren, dass wir knapp

einem schlechten Deal entgangen sind. Einige waren sogar besorgt, dass es einen Bürgerkrieg geben könnte, falls die Taliban die Regierung vollständig übernähmen – das vermuteten manche, weil die Amerikaner mit den Taliban ohne Beteiligung der afghanischen Regierung verhandelten.

Deshalb hoffen viele, dass es nach der Wahl ein besseres Abkommen mit den Taliban geben wird. Dabei könnte es eine Machtteilung geben und afghanische nationale Sicherheitskräfte würden zum Einsatz kommen. In diesem Sinne war der jetzige Abbruch also für viele eine gute Nachricht.

Aber die schlechte Nachricht ist: Falls die Amerikaner nicht bald wieder anfangen, mit den Taliban zu verhandeln, wird Trump einen anderen Erfolg für die US-Wahlen brauchen. Wenn die Friedensgespräche nicht direkt nach den Wahlen in Afghanistan beginnen, ist zu befürchten, dass Trump versuchen wird, die Militäreinsätze zu erhöhen, um etwas vorweisen zu können. Das wird zu mehr zivilen Verlusten, mehr Nachtangriffen, mehr getöteten Afghanen und mehr Blutvergießen führen.

Viele Afghanen hatten gefordert, dass die Amerikaner zuerst eine Einigung über einen Waffenstillstand erzielen und dann mit den Verhandlungen beginnen. Vor allem, wenn die Verhandlungen länger dauern: Mit den Amerikanern haben sie bereits neun Monate gedauert, aber wenn mit der afghanischen Regierung verhandelt werden soll, wird es wesentlich komplizierter und könnte noch länger dauern. Wenn es keinen Waffenstillstand gibt während dieser Verhandlungen, werden beide Seiten versuchen, in Afghanistan weiteren Boden zu gewinnen. Deshalb sollte nach Meinung vieler Afghanen zuerst ein Waffenstillstand geschlossen werden.

Was erhoffen Sie sich nach den Wahlen im Hinblick auf die Friedensverhandlungen?

Zunächst hoffe ich, dass nach der Wahl bald entschieden ist, wer gewonnen hat, und wir eine ordentliche Regierung bekommen. Hoffentlich dauert es nicht so lange wie 2014, damals waren es sechs Monate. Und dann, denke ich, wissen alle, auch die Amerikaner, dass wir einen Friedensprozess brauchen, eine politische Lösung. Wir können nicht militärisch gewinnen.

Wir hoffen, dass dieser Prozess bald beginnt und ein Waffenstillstand ist der erste Schritt. Weil die Zivilisten verlieren werden, wenn beide Seiten versuchen, während der Verhandlungen über Tage, Monate oder Jahre weiterzukämpfen.

In den Debatten der US-Demokraten unterstützen sowohl Elizabeth

Warren als auch Bernie Sanders den Truppenabzug. Trump versprach im vergangenen Wahlkampf ebenfalls, Truppen zurückzuziehen, tat es allerdings nicht. Was halten die Afghanen von den Diskussionen über einen möglichen Rückzug der NATO-Truppen?

Das ist schwierig. Wenn Sie den Afghanen diese Frage stellen, werden einige sagen: Okay, sag ihnen, sie sollen morgen gehen. Sogar der ehemalige Präsident Karsai meinte, dass die Amerikaner morgen gehen sollten. Aber ich denke, das wäre nicht klug.

Wir sind nicht glücklich darüber, dass die Amerikaner da sind. Es gibt mehr Kämpfe, mehr Bombardierungen, Menschen werden getötet. Wenn Amerikas Beteiligung die Ursache für mehr Kämpfe wäre, würde jeder sagen, gehen Sie, aber die Afghanen haben Angst davor, was passiert, wenn sie weg sind. Werden Kabul und die Taliban die Kämpfe dann beenden?

Wenn die Taliban mit der afghanischen Regierung verhandeln und eine Einigung über einen Waffenstillstand erzielen könnten, würden die meisten Afghanen wohl sagen, dass wir keine NATO-Kräfte brauchen. Der Frieden hat Vorrang. Auch wenn die NATO-Streitkräfte die Entwicklungshilfe mit sich nehmen, ist Frieden wichtiger als die gesamte Entwicklungshilfe.

Aber ich habe noch eine andere Sorge. Wenn die internationalen Streitkräfte und die internationale Gemeinschaft nicht präsent sind – selbst wenn wir annehmen, es gäbe nicht die Bedrohung durch die Taliban und ISIS –, kann man nicht garantieren, dass die Präsidentschaftskandidaten nicht untereinander kämpfen werden. Wir machen uns also immer noch Sorgen über die Politiker: Alle versuchten bisher mit Waffengewalt, das Präsidentenamt zu erlangen. Ich glaube, wir brauchen die internationale Präsenz, um die Dinge zusammenzuhalten.

Wie wird die Rolle der EU im Land gesehen?

Die EU war die einzige Staatengruppe, bei der wir uns darüber beschweren konnten, dass die Amerikaner hinter verschlossenen Türen mit den Taliban sprechen. Wir sind der Ansicht, dass sie ehrlich ist, und ihre Politiker sind die einzigen, die auf Augenhöhe mit den Amerikanern sprechen können.

Daher ist es sehr wichtig, dass die EU mehr internationalen Druck ausübt. Denn wenn man sich einige der von ihr abgegebenen Erklärungen, auch von Deutschland, anhört, dann entsprechen sie so ziemlich dem, was sich die afghanische Zivilgesellschaft wünscht.

Eine letzte, zugegebenermaßen sehr komplexe Frage: Hat aus

afghanischer Sicht die gesamte Intervention seit 2001 versagt?

Nein, ich würde nicht sagen, dass sie fehlgeschlagen ist. Wir haben von Anfang an Fehler gemacht, und zwar sowohl die internationale Gemeinschaft als auch die afghanische Regierung. Eines der größten Versäumnisse war, dass die Amerikaner und die EU nicht genug Druck auf unsere Nachbarn ausgeübt haben.

Man weiß doch, was in Pakistan passiert ist. Wenn man die Taliban in Afghanistan bekämpfen will, warum übt man nicht mehr politischen Druck aus, um sie in unseren Nachbarländern zu stoppen? Afghanistan wurde zu dem Ort, an dem jeder sein eigenes Schäfchen ins Trockene bringen wollte. Die Taliban wenden sich an China, Russland, Iran, um diesen Nachbarn und regionalen Mächten einzureden, dass sie Frieden wollen und die Amerikaner nicht.

Es gab natürlich auch Probleme mit dem Verhalten der internationalen Streitkräfte in Afghanistan, es gab Probleme mit der afghanischen Regierung, der Korruption, ihrem Verhalten gegenüber den Bürgern. Das sind nochmal ganz andere Schwierigkeiten. Aber vor allem haben unsere internationalen Freunde einfach die Augen vor unseren Nachbarn verschlossen. All das führte zur aktuellen Lage.

Aus dem Englischen von Sabine Dörfler.



Mirwais Wardak

Mirwais Wardak ist Direktor der Organisation *Peace Training and Research (PTRO)* in Kabul. Er ist Experte für Friedenssicherung, Menschenrechte und Friedensbildungsprogramme in Afghanistan und Pakistan.